

Heiko Glawe, Helmut Martens, Pia Paust-Lassen, Gerd Peter, Jörg Reitzig,
Dieter Scholz, Frieder Otto Wolf

SPANDAUER THESEN

Für eine neue Politik der Arbeit in einer neuen Zeit



Gliederung

These 1:	Eine neue Konstellation der kapitalistischen Produktionsweise	3
These 2:	Sozialabbau als Konsequenz der „neoliberalen Revolution“	5
These 3:	Die „neoliberale Revolution“ kennzeichnet einen Epochenbruch	7
These 4:	Eine emanzipatorische Alternative	9
These 5:	Strategische Wissensallianzen und Netzwerkpolitik	11
These 6 :	Organisierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung	13
These 7:	Re-Regulierung im europäischen Rahmen¹⁶	
These 8 :	Gegen das falsche Freiheitsversprechen des Neoliberalismus	18
These 9:	Das neue Bündnis im Kampf für gute Arbeit	20
These 10:	Der Kampf um das ‚Ganze der Arbeit‘	23
These 11:	Die Vision einer neuen Gesellschaftsverfassung der sozialen Fairness und der Nachhaltigkeit	25
These 12:	Freiheit ist immer die Freiheit des ‚Anders denken können‘	27

These 1: Eine neue Konstellation der kapitalistischen Produktionsweise

Die „neoliberale Revolution“ der Gegenwart ist aus der Entwicklungsdynamik des Kapitals entstanden, – auch aus Grenzen der Kapitalverwertung und entsprechender Krisen –, und versucht darauf ökonomische und politische Antworten zu geben. Diese Antworten stellen den wohlfahrtsstaatlich regulierten Nachkriegskapitalismus radikal in Frage. In der technologischen und organisatorischen Umwälzung des Produktions- und Arbeitssystemsystems von der fordistischen Massenproduktion hin zur computergestützten flexiblen Automation und Informationsverarbeitung hat dieser soziale Prozess seine Grundlage. Der Automatisierung von Kräftezeugung und Kraftübertragung im 19. und 20. Jahrhundert folgte in den letzten Jahrzehnten die Automatisierung von Informations- und Wissensverarbeitung, was eine neue Konstellation kapitalistischer Produktionsweise konstituierte.

Dieser Prozess zunehmend neue Formen der Kapitalakkumulation hat Mitte der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts eingesetzt, ist vom Finanzkapitalmarkt getrieben und hat eine immer umfassendere Marktsteuerung aller sozialen Beziehungen zur Folge. Neoliberale Politikkonzepte zielen auf eine systematische Zersetzung der sozial erkämpften Institutionen der Arbeit (Sozialversicherungen, Sozialgesetzgebung, Mitbestimmung usw.) und kündigen den wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromiss auf.

Begründung: Seit dem Ende der kurzen „goldenen Jahrzehnte“ des Fordismus um die Mitte der 1970er Jahre sind wir Zeugen fortschreitender, beschleunigter gesellschaftlicher Umbrüche. In Reaktion auf neu artikulierte Bedürfnisse und Interessen der Menschen wie insbesondere auf wachsende Probleme, eine hohe Profitabilität eingesetzten Kapitals vom Standpunkt der Shareholder sicherzustellen, werden seither neue Formen der Kapitalakkumulation durchgesetzt. Wir erleben eine immer einseitiger und nachdrücklicher kapitalmarktgetriebene Globalisierung der Ökonomie. Eine radikale Marktsteuerung aller sozialen Beziehungen ist im Gange. An die Stelle des alten Sozialstaats tritt immer stärker ein neuer ‚Wettbewerbsstaat‘. Neoliberale Politikkonzepte betreiben eine fortschreitende Erosion der institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft. Ein weiterer Abbau noch verbliebener sozialer Sicherungen droht.

Die ökonomischen Formen, in denen sich die Akkumulation des Kapitals vollzieht, haben sich seit den 1970er Jahren stark verändert: Auch wenn sich bisher kein vergleichbar kompaktes ‚Akkumulationsmodell‘ herausgebildet hat, lassen sich bereits eine ganze Reihe von Bestimmungen herausarbeiten, die eine neue Konfiguration der Kapitalakkumulation kennzeichnen.

Hierher gehören eine zunehmende Transnationalisierung von Wertschöpfungsketten, begleitet von einer weit reichenden Verschiebung der Hegemonialverhältnisse am Pol des Kapitals – vom Spitzenmanagement und insbesondere den Produktionsabteilungen zu den Eigentümern und den Finanzcontrollern als deren Repräsentanten. Angesichts einer weltweiten Tendenz zu einem nach neuen Anlagemöglichkeiten suchenden Angebots an überschüssigem Kapital hat sich dabei der Schwerpunkt der unmittelbaren Kapitalakkumulationsprozesse in den Bereich des Finanzkapitals und damit auch des virtuellen Kapitals und der Spekulation verlagert. Diese Entwicklung bedient sich ebenso der Potenziale neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und technologischer Fähigkeiten wie der strategischen Leistungsfähigkeit neuer Management-Konzepte, v.a. im Bereich der Netzwerkbildung und –steuerung.

Diese Umwälzungen können verstanden werden als Versuch einer Antwort auf Verwertungsprobleme des Kapitals, die in den Grenzen des fordistischen Regulationsmodells nicht mehr zu bewältigt waren. Die neoliberale Revolution der Gegenwart zielt auf eine neue Konstellation der kapitalistischen Produktionsweise, die auf das fordistische Regulationsmodell folgen soll und in der computergestützten flexiblen Automation und Informationsverarbeitung und den daraus folgenden Organisations- und Arbeitssystemen seine Basis hat. Dabei konkurrieren sicherlich unterschiedliche Vorstellungen über die gesellschaftliche Organisation der Arbeit. Aber allen gemeinsam ist der strikte Blickwinkel einzelwirtschaftlicher Rationalität. In diesem Sinne herrscht ‚neoliberales Einheitsdenken‘, das als alternativlos dargestellt wird. Weltweit werden dadurch neue Schübe der Revolutionierung von Produktionsprozessen ausgelöst – von der Rekrutierung junger Frauen für Sweat-shops in China und Südostasien über die Industrialisierung einiger Schwellenländer bis zur zunehmenden ‚Tertiarisierung‘ und z.T. ‚Deindustrialisierung‘ in den führenden ‚Industrielländern‘. Dadurch wächst zwar die Bedeutung von Wissen und kommunikativen Vermittlungsprozessen innerhalb der Produktionsprozesse wie in der Realisierung der auf diese Weise geschaffenen Werte, es kommt aber nicht, wie immer wieder behauptet, zu einer Ablösung der Wertschöpfung von materiellen Prozessen, wie am weltweit steigenden Öl- und Stahlbedarf zurzeit schlagend deutlich wird. Vielmehr werden die unterschiedlichen ‚materiellen‘ und ‚immateriellen‘ Momente der Wertschöpfung im transnationalen Maßstab neu verortet. Dies geschieht unter der Dominanz eines Marktradikalismus, der sich als Träger einer historisch nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus alternativlos gewordenen ‚neoliberalen Konterrevolution‘ begreift – gegen das ‚sozialdemokratische Jahrhundert‘ der keynesianischen Hegemonie seit den frühen 1950er Jahren. Das führt zu Reallohnabbau, Entgeltpolarisierung und Massenerwerbslosigkeit in den Bereichen der ‚alten Industrie‘, und ergänzend zur Aufkündigung der wohlfahrtstaatlichen Klassenkompromisse, wie sie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchgesetzt worden waren.

Eine neue Politik der Arbeit kann sich angesichts dieser Entwicklungen keine Rückkehr der nostalgisch verklärten Verhältnisse des Fordismus versprechen. Sie kann und muss aber daran arbeiten, die angebliche Alternativlosigkeit der neoliberalen Politik zurückzuweisen, indem sie konkrete Alternativen in den Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, vor allem aber auch in dem Bereich einer bewusst gesellschaftspolitischen Gestaltung aller Arbeitsverhältnisse erkennt, wie sie in gegenwärtigen Auseinandersetzungen punktuell bereits erprobt oder eingefordert werden, um sie zu realitätstüchtigen alternativen Konzepten zu entwickeln.

These 2: Sozialabbau als Konsequenz der „neoliberalen Revolution“

Die von dem neoliberalen Einheitsdenken vorangetriebene Deregulierung, Flexibilisierung und Entgrenzung der Arbeit, kann gemäß der Logik der vorherrschenden Politikrichtung nur dann funktionieren, wenn zugleich der bestehende Sozialstaat weitestgehend abgebaut wird und wenn die Institutionen zur Durchsetzung von ArbeitnehmerInnenrechten geschwächt oder „abgewickelt“ werden. Diese „neoliberale Revolution“ bedingt den Abbau sozialer Regulierungen und plakatiert sie als Befreiung des Individuums von bürokratischer Bevormundung.

In der Wirklichkeit funktionieren die neoliberalen Rezepte bislang erkennbar nicht: Die versprochenen Effekte, mehr Wachstum und Abbau der Arbeitslosigkeit treten nicht ein, obwohl immer neue Wellen des Sozialstaatsabbaus durchgesetzt worden sind. Vielmehr droht uns das neoliberale Einheitsdenken in eine lange Phase der Stagnation, Krisen, Konflikte und kulturellen Verarmung zu führen, während es zugleich zu einer verschärfte Polarisierung von Arm und Reich kommt.

Begründung: Der Neoliberalismus unterstellt atomisierte menschliche Subjekte als zeitlose Privateigentümer, die eine unendliche und unerschöpfliche Welt jeder für sich bewohnen, und nur durch Warenaustausch mit einander in Kontakt treten, wobei sie sich rational an ihrem Vorteil orientieren und eben dadurch das größte Glück der größten Zahl zustande bringen. Diese kontra-faktische Grundannahme macht nicht nur jede Anwendung neoliberaler Konzepte unter realen gesellschaftlichen Bedingungen zu einem gewaltsamen und letztlich unkontrollierbaren Akt, indem sie alle bestehenden Verhältnisse von Ungleichheit und Unterwerfung für legitim erklärt. In der Konsequenz führt das, wie schon von Hayek geradezu propagiert, zur Bestreitung jeder Möglichkeit einer bewussten Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse von Menschen durch Menschen. Dieser Ausgangspunkt aller neoliberalen Argumentationen setzt auch auf Seiten ihrer Anhänger eine ganz einseitige Wahl der individuellen Freiheit voraus, um normativ akzeptabel werden zu können – indem sie alle Formen des Zusammenhandelns und –lebens zu einem bloßen Instrument individueller Vorteilsnahme erklärt.

Eine Konsequenz dieses, heute hegemonialen, neoliberalen ‚Einheitsdenkens‘ ist der fortschreitende Abbau sozialer Sicherungssysteme. Sie gefährden aus seiner Sicht den Erfolg des heute notwendigen Wettbewerbsstaats. Deregulierung, Flexibilisierung, Entgrenzung von Arbeit werden vorangetrieben und die Politik müsse hier „naturgesetzlichen“ Zwängen folgen. Gesetzt wird auf gewachsene Bewältigungspotentiale der Einzelnen im Zeichen einer Subjektivierung von Arbeit, einer zunehmenden Forderung nach und Befähigung zum ‚Selbertun‘. Versprochen wird zugleich, dass ein Abbau von bevormundender staatlicher Bürokratie und institutionell befestigter Regulierung Marktdynamiken freisetzen und neue Beschäftigung innerhalb des Erwerbssystems schaffen wird.

Alle Regelungen und Institutionen, durch die gesellschaftliche Rechte und politische Freiheiten zur Gesellschaftsgestaltung über die klassischen Gruppen von Privateigentümern hinaus auch für abhängig Arbeitende real werden, die außerhalb ihres Arbeitsvermögens über kein nennenswertes Eigentum verfügen, haben aus neoliberaler Sicht den Mangel, als Störfaktoren für ein ‚reines‘ Funktionieren der Märkte, insbesondere der Arbeitsmärkte, zu wirken. Als im weitesten Sinne ‚sozialstaatliche‘ Regulationsformen sind in diesem Sinne nicht nur Systeme der Sozialversicherung zu nennen, sondern auch das breite Spektrum von Institutionen, das von der öffentlichen Gesundheitsvorsorge (à la Pasteur

oder à la Virchow) über kollektive Tarifverträge und gewerkschaftliche Interessenorganisationen bis hin zum Arbeits- und Arbeitskampfrecht reicht. In dieser gesamten Breite zielt das neoliberale Politikprojekt darauf, derartige Störungen des Marktgeschehens zwischen individuellen Marktsubjekten zu beseitigen. Damit zielt es auf die Aufkündigung sämtlicher etablierter Formen politischer Klassenkompromisse zugunsten einer atomisierten Austragung durch unbeeinträchtigte Marktprozesse.

In der sozialen Wirklichkeit bewähren sich die Glaubenssätze und Rezepturen des neoliberalen Einheitsdenkens seit über dreißig Jahren erkennbar nicht. Trotz stetig neuer politisch verordneter Sparkuren für die abhängig Arbeitenden und immer neuer Wellen des Sozialstaatsabbaus wächst und verfestigt sich die Massenarbeitslosigkeit. Das neoliberale Einheitsdenken droht uns so in eine lange Phase von Stagnation, Krisen, sozialen Konflikten und kultureller Verarmung zu führen, zumal es fortgesetzt eine verschärfte Polarisierung von Arm und Reich weltweit befördert.

Die neoliberal inspirierten Strategien der Aufkündigung der ‚fordistischen‘ Klassenkompromisse der 1950er und 1960er Jahre unter der Devise von Deregulierung und Privatisierung hatten weit reichende Auswirkungen sowohl auf die realen Lebensverhältnisse der großen Mehrheit der Menschen, als auch auf die Muster ihrer Wahrnehmung und Bewältigung: Während sich zum einen die Lebensbedingungen und der Lebensstandard zugleich pluralisierte und polarisierte, zunehmend auch wieder in Gestalt absoluter Armut, verbreiteten sich zugleich erneut Auffassungen, nach denen jede und jeder ‚selbst schuld‘ an der eigenen Lebenslage sei und dem gemäß auch politische Versuche, die ‚Faulen‘ durch Sanktionen zu ‚motivieren‘. Dabei führte insbesondere für viele Frauen der Weg aus der persönlichen Abhängigkeit in der Hausfrauenexistenz in neue Abhängigkeiten aufgrund prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

Eine weitgehende ‚Entfesselung‘ der kapitalistischen Akkumulation führt immer wieder zu dem paradoxen Ergebnis, dass dadurch kulturelle, soziale und ökologische Voraussetzungen destabilisiert oder sogar zerstört werden, auf deren Vorhandensein ein mittelfristig erfolgreich betriebener Prozess der Kapitalakkumulation beständig angewiesen ist. Deswegen verwickelt sich die neoliberale Politik des Sozialstaatsabbaus immer wieder selbst in Widersprüche, auf die sich eine Gegenstrategie stützen kann, die sich nicht in der Situation einer beständigen Defensive einrichten will. Eine demokratische Politik der Erneuerung des Sozialstaates kann sowohl an den veränderten Sicherheitsbedürfnissen abhängig Arbeitender anknüpfen, als auch an diesen Widersprüchen ansetzen: Indem sie etwa verstärkt auf egalitäre und bürgerrechtliche Elemente setzt und das Versprechen des ‚empowerment‘ auch von Minderheiten aufgreift.

These 3: Die „neoliberale Revolution“ kennzeichnet einen Epochenbruch

Die „neoliberale Revolution“ ist nicht nur alter Wein in neuen Schläuchen. Sie markiert einen seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts fortschreitenden Epochenbruch, der durch die technologische und organisatorische Umwälzung des Produktions- und Arbeitssystems bestimmt wird und deren Kern die computergestützte flexible Automation ist, die die Frage nach einer solidarischen Organisation gesellschaftlicher Arbeit erneut zum Thema macht.

Nachdem die ersten Offensiven der neoliberalen Gegenreformen nicht zu den versprochenen großen Durchbrüchen in einer ganz neuen krisenfreien Wirtschaft geführt haben – und das „Ende der Geschichte“ offensichtlich nicht eingetreten ist – können heute Weichenstellungen für die zukünftige Entwicklung im Sinne einer solidarischen und nachhaltigen Gesellschaft beeinflusst werden. Wir befinden uns in einem unabgeschlossenen Epochenbruch. Der Weg in die reine Marktgesellschaft des Neoliberalismus ist keineswegs zwingend vorgezeichnet und die Widerstände dagegen nehmen weltweit zu.

Die eingetretenen Umbrüche konstituieren nicht nur eine ökonomische und politische Restauration vergangen geglaubter Klassenverhältnisse, sie lassen auch neue Möglichkeiten aufgeklärter und emanzipatorischer Politik aufscheinen. Der Neoliberalismus hat sich zwar unter Ausblendung seiner eigenen Geschichte zum Geburtshelfer etwas Neuen erklärt, aber er ist nicht schon dieses historisch Neue selbst. Über eine neue historische Konstellation angesichts der Herausforderungen von Globalität, Verwissenschaftlichung, Verantwortlichkeit und Nachhaltigkeit ist erst noch in den kommenden gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen zu entscheiden: Es tritt nicht als eine fertige, festgefügte neue Epoche aus der historischen Zukunft hervor, sondern fordert in der Gegenwart zur gesellschaftspolitischen Gestaltung heraus.

Begründung: Wir verstehen diese tief greifenden Umbrüche als einen Epochenbruch, der noch unabgeschlossen ist. Mit dem Ende der fordistischen Gestalt der industriellen Arbeitsgesellschaft (taylorisierte Arbeit, Massenkonsum, wohlfahrtsstaatliche Sicherungssysteme) stehen zentrale gesellschaftliche Institutionen unter massivem Druck. Versprochen werden neue Freiheiten, aber Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse bestehen in veränderten Formen weiter. Massenproduktion und Massenkonsum entwickeln sich weiter. Die Individualisierung die wir erleben, hat wenig mit entfalteter und reicher Individualität zu tun. Dennoch ist der Weg in die reine Marktgesellschaft des Neoliberalismus keineswegs zwingend vorgezeichnet.

Die von uns vertretene Fassung der These vom Epochenbruch setzt sich ganz ausdrücklich von überschwänglichen Auffassungen ab, welche gleich das Ende der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise oder gar das Ende ihrer Herrschaft bzw. das Ende der materiellen Industrieproduktion oder der staatlichen Politik heraufziehen sahen. Für uns geht es auch nach diesem Epochenbruch – zum einen – insofern unverändert – um die Auseinandersetzung mit der Herrschaft der inhärent krisenhaften kapitalistischen Produktionsweise als Motor und Bremsklotz der Anwendung von Technologien in der industriellen Produktion. Zum anderen hat sich das Gewicht des politischen Zusammenspiels von hegemonialen Staaten und jetzt weltweit agierenden Unternehmen des Großkapitals in den letzten Jahrzehnten nur noch weiter vergrößert.

Anstatt mit der Konstatierung eines Epochenbruchs die von der erfolgreichen Politik der Neoliberalen erzielten ‚Geländegewinne‘ für irreversibel zu erklären, muss es darum gehen, die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit weltweit wieder dahingehend zu verändern, dass zumindest eine keynesianisch Bändigung der kapitalistischen Akkumulationsdynamik wieder durchgesetzt werden kann.

Unsere These vom Epochenbruch sieht durchaus die Dialektik von Kontinuität und Bruch in den Umbrüchen, die seit den 1980er Jahren erfolgten und in den 1990er Jahren in breiter Front durchgesetzt worden sind. Sie sieht insbesondere auch die Kontinuität zu älteren historischen Gestalten der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise und zu den allgemeineren Bestimmungen der großindustriellen Produktion als Form der technologischen Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf die gesellschaftliche Produktion auf großer Stufenleiter. Sie betont aber das Zerbrechen der spezifisch fordistischen Gesamtkonstellation, wie sie nach der langen Krisenperiode von 1914 bis 1945 weltweit in unterschiedlichen Ausprägungen die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt hatte – und die neuen Herausforderungen seit der Krise des Fordismus und dem Zusammenbruch des Kalten-Kriegs-Systems, an die sich die neoliberalen Konzeptionen angekoppelt haben, um ihre erneuerte Aktualität behaupten zu können. Diese neuen Herausforderungen sollten nicht deswegen ignoriert oder bestritten werden, weil sie von neoliberalen Politiken ‚ausgebeutet‘ werden. Die Kräfte einer neuen Politik der Arbeit sollten sie vielmehr zum Ausgangspunkt eigener Alternativkonzepte machen, die den neoliberalen Konzepten wirksam entgegengestellt werden können.

Gewiss kann sich Opposition immer auch noch darauf stützen, dass derartige Veränderungen noch längst nicht überall durchgesetzt werden konnten und noch auf beträchtliche Widerstände stoßen, welche ihre Durchsetzung weiter verzögern können. Dennoch müssen die Kräfte einer neuen Politik der Arbeit vorrangig darauf hinwirken, dass sie diejenigen Momente dieser neuen Entwicklungen erkennen und praktisch vorantreiben, durch die sich die Lage und die gesellschaftliche Kraft der TrägerInnen aller Formen abhängiger Arbeit verbessern lässt.

Nachdem die neoliberalen Projekte nicht zu den versprochenen großen Durchbrüchen einer neuen krisenfreien Wirtschaft geführt haben, an der alle partizipieren können, ist es gerade heute möglich, Weichenstellungen für die zukünftige Entwicklung aktiv im Sinne einer solidarischen und nachhaltigen Ökonomie und Gesellschaft zu beeinflussen. Der Epochenbruch lässt neue Möglichkeiten aufscheinen. Die neoliberale Politik gibt sich als Geburtshelfer von etwas ganz Neuem aus, aber die reine Marktgesellschaft, auf die sie zielt, befördert gesellschaftliche Ungleichheit und Spaltung und letztlich globale Barbarei. Eine neue stabile Konstellation ist auf ihrer Grundlage nicht möglich. Wichtige Elemente dieses Neuen sind: wachsende gesellschaftliche Reichtumsproduktion, vor allem auch in den lebendigen Arbeitsvermögen selbst, ein verbreitertes und verändertes wissenschaftliches Denken, ein neues Verständnis von Verantwortlichkeit und Nachhaltigkeit für alle. Gerade deshalb liegt das Neue nicht schon als fest gefügte neue Epoche vor uns sondern als Herausforderung und Chance zu neuer gesellschaftspolitischer Gestaltung. Die Bedeutung des Epochenbruchs liegt in den Chancen zu einer Neubestimmung der Politik zur Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft.

These 4: Eine emanzipatorische Alternative

Dem neoliberalen Einheitsdenken, das unter Berufung auf vermeintlich unausweichliche Zwänge der Globalisierung einseitig auf Wettbewerbsfähigkeit orientiert, setzen wir das Leitbild einer ‚Nachhaltigen Entwicklung‘ entgegen, welche die Krisen und Katastrophen (Arbeitslosigkeit, Welthunger, AIDS, ökologische Krise, Krise der Demokratie usf.) der gegenwärtigen Welt wirksam angeht: Dieses bezieht sich auf die Dimensionen der Ökologie, des Sozialen und des Ökonomischen, d. h. auf die Anerkennung der ökologischen Grenzen menschlicher Lebensweisen einschließlich der Beachtung der Erfordernisse der Reproduktionsfähigkeit des Ökosystems für die weitere Wirtschaftsentwicklung und die Anerkennung sozialer Nachhaltigkeit mit humaner und existenzsichernder Arbeit für alle, inter- und intragenerationelle Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung weltweit usf., welche sich nicht ohne beständige Weiterentwicklung demokratischer Politik verwirklichen lässt.

Begründung: Unter dem Druck vermeintlich unausweichlicher Zwänge der Globalisierung sind die 1990er Jahre zum Jahrzehnt des Neoliberalismus geworden statt zum Beginn einer ökologischen und sozialen Erneuerung. Die strukturellen Grundlagen des ‚Elends der Welt‘: Wachsende verfestigte Arbeitslosigkeit, fortgesetzte und zunehmende Hungerkatastrophen und epidemische Krankheiten (AIDS), zunehmende Naturkatastrophen als Folge des Klimawandels und eine schleichende Krise der Demokratie als Folge des Versagens der Politik prägen unsere gesellschaftliche Wirklichkeit.

Die Menschheit hat durch ihre zivilisatorische Entwicklung globale Strukturkrisen ausgelöst: Artensterben, Klimaveränderungen, Zerstörung von Teilen der Ozonschicht in der Stratosphäre sind nur Teile eines umfassenderen Krisenprozesses, der sich aus einer dauerhaften, globalen Überschreitung der ökologischen Grenzen ergibt.

Das große ‚Geschenk der Natur an die Menschheit‘, auf ihrer fortwährenden Grundlage leben und produzieren zu können, ist durch einen grenzenlos gedachten Prozess universal betriebener technologischer Umwälzungen immer auch in der Gefahr seiner Zerstörung durch menschliche Praxis. Die Regierungen der Nationalstaaten konnten nicht umhin, sich neuen Strukturkrisen infolge der drohenden Überschreitung ökologischer Grenzen zumindest konzeptionell zu stellen: In einem langen historischen Prozess, der vom Weltumweltgipfel in Stockholm (1972) über die Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 und Johannesburg 2002 bis zur EU-Strategie von Göteborg und deren Überarbeitung im Zuge der Überprüfung der Lissabon-Strategie reicht, hat sich das politische Konzept der nachhaltigen Entwicklung als ein weltweit verbindlich vereinbarter Rahmen für Auseinandersetzungen und Einigungen über Ziele und Kriterien einer Gestaltung der weltweit miteinander verknüpften gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse durchgesetzt. Die heute noch hegemonialen neoliberalen Konzepte eines schrankenlos angelegten Marktliberalismus haben, insbesondere in wichtigen weltweit agierenden Mächten - wie den USA und der EU und in weltweit verantwortlichen Institutionen wie WTO, Weltbank und IWF prägende Bedeutung. Das ermöglicht es, die Debatte über die Nachhaltigkeit der gegenwärtig vorherrschenden Entwicklungsmodelle mit Anforderungen der ökologischen Tragfähigkeit, der langfristigen ökonomischen Reproduktionsfähigkeit, des sozialen Zusammenhalts und der demokratischen Entscheidungsfindung zu konfrontieren, die das neoliberale Denken als ‚unrealistisch‘ und ‚utopisch‘ abzuqualifizieren versucht. Dabei kann und muss allen Versuchen, das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung von den Anforderungen der realen Krisen zu lösen und zu einem rein

diplomatischen Instrument technokratischer Berichterstattung zu pervertieren, direkt mit Erfahrungen und Befunden der konkreten Nicht-Nachhaltigkeit entgegengetreten werden. So kann gegen die Versuche einer eindimensionalen Rationalisierung unter kurzfristigen Interessenvorgaben immer wieder von Neuem ein mehrdimensionaler Diskurs über gesellschaftliche Prozesse und Trends eingefordert und durchgesetzt werden.

Das schließt auch die Notwendigkeit mit ein, entsprechende Trägerzusammenhänge für demokratische Debatten und praktische Initiativen zu konstituieren, in denen die notwendige Mehrdimensionalität und Langfristigkeit von Analyse und Aktion konkret erreicht werden können.

Nachdem der neoliberale Diskurs in den 1990er Jahren weitgehend erfolgreich jede Thematisierung von Herrschaftsstrukturen in Wirtschaft und Gesellschaft hat marginalisieren können, haben inzwischen die Erfahrungen mit ungelösten Strukturkrisen gerade auch in dem von ihm besonders beanspruchten Bereich der Wirtschaft wieder Raum dafür geschaffen, dass die Frage nach dem ‚Kapitalismus‘ sinnvoll gestellt werden kann – zumindest als Frage nach seiner erneuten politischen ‚Bändigung‘, wenn nicht sogar seiner schrittweisen Überwindung, durch eine radikal demokratische Wirtschaftspolitik. Dabei muss es allerdings um konkrete Strategien und Maßnahmebündel gehen – und nicht einfach um ein bloßes ‚Dampfablassen‘ durch das bloße In-den-Mund-Nehmen dieses lange tabuisierten K-Wortes.

In der aktuellen Phase tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche und allgemeiner Verunsicherung sollte die gegenwärtige gesellschaftliche Hegemonie des Neoliberalismus nicht als zu stabil und geschlossen gezeichnet werden. Durch differenzierte Analysen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sind fundierte alternative Strategien möglich!

Die Gewerkschaften hätten mit ihnen die Möglichkeit, sich auch ein neues ‚Image‘ einer alternativen Modernisierung aufzubauen, indem sie in Netzwerkbindnissen zu neuen Politikformen finden und neue Beschäftigtenbereiche für sich erschließen. Schon jetzt zeigt sich, dass ‚Events‘, wie Welt- und europäische Sozialforen, der Perspektivenkongress, gelungene Großdemonstrationen oder gut vorbereitete exemplarische Kampagnen, wie die zu „Lidl“, auch in der medialen Öffentlichkeit nicht ignoriert werden und hierüber zusätzliche Wirkungen erzeugen.

Statt fortgesetzter Anpassung an vermeintlich naturgegebene Zwänge einer entbetteten Ökonomie, strukturell gekoppelt mit einem grenzenlos gedachten technischen Fortschritt, fordern wir die Anerkennung der ökologischen Grenzen menschlichen Lebens und der *conditio humana*. Ebenso die nachhaltige Erfüllung der Erfordernisse der Reproduktionsfähigkeit des Ökosystems für die weitere Wirtschaftsentwicklung und die Anerkennung sozialer Nachhaltigkeit (von menschenwürdiger und existenzsichernde Arbeit für alle, inter- und intragenerationeller Gerechtigkeit, von Armutsbekämpfung weltweit usw.). Alles dies, davon sind wir überzeugt, wird sich ohne beständige Weiterentwicklung demokratischer Politik nicht verwirklichen lassen. In einer solchen Weiterentwicklung liegt auch die Chance zu einer emanzipatorischen Politik, für die sich Menschen wieder begeistern lassen könnten.

These 5: Strategische Wissensallianzen und Netzwerkpolitik

Eine neue Politik der Arbeit erfordert strategische Wissensallianzen und eine Netzwerkpolitik zwischen Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und kritischer Wissenschaft: Angesichts der derzeitigen politischen Kräfteverhältnisse sind für die Durchsetzung dieser Ziele Kooperationen notwendig. Die Kraft für eine derartige Erneuerung gegen das neoliberale Einheitsdenken der Zeit kann nur entstehen, wenn Gewerkschaften, soziale Bewegungen und kritische Wissenschaft in Formen einer neuen Netzwerkpolitik zusammenfinden.

Das gilt auf allen Ebenen (lokal, regional, EU-weit, global). Dies setzt zugleich voraus, dass diejenigen, die im Bereich der Wissenschaft an neuen und alternativen Lösungsansätzen arbeiten, zusammen mit den Akteuren in der Praxis neue strategische Wissensallianzen bilden. Es geht dabei um nicht weniger als eine Veränderung der derzeitigen politischen Kräfteverhältnisse.

Zur Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse werden erweiterte Formen der Kooperation von Gewerkschaften mit sozialen Bewegungen, Kirchen und Wissenschaft usw. auch deshalb notwendig, da klar geworden ist, dass die Bezugnahme auf eine befreundete Partei mit gesellschaftspolitischer Gestaltungsmacht ohne eine wirksame Politik von unten nicht mehr ausreichen kann. Eine horizontale Netzwerkpolitik muss traditionelle Verbandspolitik ergänzen.

Sie ist gegenüber den fordistischen Formen verbandskorporatistischer Politik durch eine größere Bedeutung von Freiwilligkeit des Mitmachens und des „Selbertuns“ der Menschen gekennzeichnet, das bei allen Widersprüchen durch die Reorganisation der Produktionsprozesse allenthalben betrieben wird. Kooperation ist eher durch horizontale Formen wechselseitiger Kommunikation und Kooperation sowie durch ‚Knoten‘ statt Zentren der Entscheidung oder gar Avantgardenkernen gekennzeichnet. Gegenseitiges Vertrauen und Kenntnisse über und das Verstehen von jeweils anderen Perspektiven der Bündnispartner gewinnt an Bedeutung. In ihr sind so auch Kooperationen zwischen Bündnispartnern eher möglich, die sich in manchen Fragen (noch) nicht einig sind.

Begründung: Eine neue Politik der Arbeit entsteht nicht aus wissenschaftlicher Reflexion allein, also gewissermaßen vom Schreibtisch aus. Sie kann sich nur im Dialog entwickeln, in Dialogen zwischen Praktikern aus Organisationen der lebendigen Arbeit (alten und neuen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und NGOs) und WissenschaftlerInnen (zumeist aus primären Forschergruppen), die sich auf deren Handlungsprobleme und Bedingungen einlassen wollen und von da aus die neue Konstellation der kapitalistischen Produktionsweise analysieren. Aus solchen Dialogen entstehen Arbeitsbündnisse und strategische Wissensallianzen.

Für die Gewerkschaften in der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren immer klarer geworden, dass alte Arbeitsteilungen zwischen Gewerkschaften und Politik keine gesellschaftlichen Reformprojekte mehr tragen, die diesen Namen noch verdienen. Kraft für eine Erneuerung gegen das neoliberale Einheitsdenken der Zeit können die Gewerkschaften nur entwickeln, wenn sie sich auf ihre eigenen Wurzeln als soziale Bewegung wieder stärker besinnen, wenn sie und „neue soziale Bewegungen“ in Formen einer neuen Netzwerkpolitik zusammenfinden. Das gilt auf allen Ebenen (lokal, regional, EU-weit, global). Dies setzt zugleich voraus, dass diejenigen, die im Bereich der Wissenschaft an neuen

und alternativen Lösungsansätzen arbeiten, zusammen mit den Akteuren in der Praxis neue strategische Wissensallianzen bilden.

Formen einer neuen Netzwerkpolitik wiederum beruhen auf der Freiwilligkeit des Mitmachens und des ‚Selbertuns‘ der Menschen. Es geht darum, dass dieses Selbertun, das durch die Reorganisation der Produktionsprozesse in den Unternehmen – wenn auch widersprüchlich – allenthalben gefordert und gefördert wird, von den Organisationen der lebendigen Arbeit selbst systematisch genutzt wird. Charakteristisch werden dann eher horizontale Formen wechselseitiger Kommunikation und Kooperation, ‚Knoten‘ statt Zentren der Entscheidung, experimentelles Handeln in reversiblen Lernprozessen statt der Befolgung verordneter strategischer Orientierungen usw.

Als Anforderungen an in Wissensallianzen erfolgreiche Gewerkschaften ergeben sich, dass breite, demokratische Diskussion und Transparenz gegenüber Mitgliedern und Bündnispartnern bei der Entscheidungsfindung unerlässlich sind, um Vertrauen wiederzugewinnen, dass ein Verhandeln in Netzwerken ‚auf Augenhöhe‘ stattfinden muss und, dass Formen des „social movement unionism“ aufzugreifen sind. Zusammen mit betroffenen Beschäftigten in neuen bzw. prekären Bereichen sind in solchen Formen und unter Nutzung und Förderung von deren ‚Selbertun‘ aktiv Gewerkschaftspolitiken und Organisationsformen neu zu erproben und zu entwickeln.

Gerade durch diese autonomeren Strukturen gewinnen gegenseitiges Vertrauen und Kenntnisse über und das Verstehen von jeweils anderen Perspektiven der Bündnispartner in Prozessen von Netzwerkpolitik an Bedeutung. In ihnen sind so auch Kooperationen zwischen Bündnispartnern eher möglich, die sich in manchen Fragen (noch) nicht einig sind. Arbeitsbündnisse und strategische Wissensallianzen sind so in Prozessen, in denen die Beteiligten sich auf dem gemeinsamen Weg über ihre Ziele immer neu verständigen, auf eine Erweiterung gemeinsamer Gestaltungspotentiale hin angelegt

These 6 : Organisierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung

Der Kampf um die Organisierung der Interessen der abhängigen Arbeit in allen ihren Formen bleibt die zentrale Aufgabe gewerkschaftlicher Organisationen, auch wenn er teilweise seine Formen verändert und neue inhaltliche Anforderungen stellt.

Die Gewerkschaften sind heute angesichts der immer stärkeren politischen Angriffe auf die noch bestehenden Institutionen der Arbeitsgesellschaft der Gefahr ausgesetzt, sich einseitig auf die Verteidigung verbliebener Positionen zu beschränken und dazu an den mit ihnen verknüpften Politikmustern festzuhalten. Das macht es ihnen zugleich schwer, soziale Konzepte einer neuen, Widerstand mobilisierenden Netzwerkpolitik zu erproben. Angesichts des skizzierten Epochenbruchs stehen die Gewerkschaften mehr denn je vor der Frage nach der Gestaltung von Übergängen in der Gestaltung der sozialen Organisation gesellschaftlicher Arbeit, zumal dann, wenn angesichts des Bedeutungszuwachses der europäischen Handlungsebene, Hoffnungen vor allem auf den Neuaufbau entsprechender Politikmuster auf der europäischen Ebene gerichtet werden.

Demgegenüber ist zu betonen, dass die Gewerkschaften gerade auch im nationalstaatlichen Rahmen, wo sie auch heute vor allem präsent sind, ihre Handlungsmöglichkeiten ausschöpfen müssen.

Begründung: Der Kampf um die Interessen der abhängigen Arbeit, in ihren alten wie auch ihrer neuen, veränderten Gestalt, bleibt für die Gewerkschaften die zentrale Aufgabe, auch dann wenn sich die Schwerpunkte und Formen dieses Kampfes verändert haben und er im nationalstaatlichen Rahmen allein zunehmend schwerer und nicht einseitig zur Verteidigung noch institutionell befestigter Positionen zu führen ist. Für die Gewerkschaften heißt das, dass die Organisierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung in einer Verbindung von bewährten und innovativen Formen eine ständig neu anzugehende Aufgabe bildet. Neue Formen der Netzwerkpolitik müssen gerade im gewerkschaftlichen Alltagshandeln entwickelt werden.

Netzwerkpolitik ist selbst Resultat des Formwandels der Politik im Zuge von Globalisierung, Europäisierung, zunehmender Marktregulation bzw. Deregulierung und Privatisierung sowie den damit einhergehenden Pluralisierungs- und Individualisierungsprozessen. Sie ist die Reaktion auf die Transnationalisierung des Kapitals und den Bedeutungsgewinn sowohl transnationaler und supranationaler Organisationen als auch der lokalen Politikebene gegenüber dem Nationalstaat. Sie ist die Form, in der sich eine umkämpfte Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit auch europaweit und global herausbildet.

Es ist daher notwendig, in Netzwerkpolitiken alternative Öffentlichkeiten herzustellen und Räume zivilgesellschaftlicher Politik auszuweiten. Durch neue Kommunikationsmedien und auf der Grundlage, dass Aktive in Netzwerkpolitiken in hohem Maße Multiplikatoren sind, kann - im Zusammenhang mit in Wissensallianzen hergestellten verständlichen und fruchtbaren Brückendiskursen - dies geleistet werden. Nur demokratische und transparente Organisationsformen, horizontale und aneinander interessierte Umgangsweisen sowie OrganisationsvertreterInnen und WissenschaftlerInnen, die Erfahrungen und Wissen von Betroffenen ernst nehmen, können wieder Vertrauen schaffen. Sie bilden einen zivilgesellschaftlichen Raum, in dem kritische Ansätze der Sozialwissenschaften in tragfähigen, realitätstüchtigen Strategien fruchtbar werden und neue Leitbilder formuliert werden können.

In Netzwerkpolitiken entstehen neue Wissensallianzen, in denen die unterschiedlichen Formen disziplinär produzierten wissenschaftlichen Wissens, das als Bewegungswissen artikulierte implizite Handlungswissen von Betroffenen und Beteiligten sowie die neuen hybriden und transdisziplinären Wissensformen innerhalb von Brückendiskursen miteinander in Kommunikation treten. Für kritische WissenschaftlerInnen bieten diese neuen Wissensallianzen nicht nur die Möglichkeit, ihre Konzepte (öffentlichkeits-)wirksamer zu machen, sondern auch anschlussfähiger und realitätstüchtiger. Ein unwirksames und frustrierendes, isoliertes Nebeneinanderherarbeiten unterschiedlich gewonnener Erkenntnisse kann so eher überwunden werden.

Gewerkschaften sind sicher heute intellektuell gut aufgestellt und durchaus in Lage, sich mit ihren Aktiven und Gewerkschaftsintellektuellen produktiv in derartige Wissensallianzen einzubringen und von ihnen zu profitieren. Dies könnte nicht zuletzt auch Mitglieder aktivieren und zu neuen Mitgliedern führen, zeigen doch viele Studien, dass sich heute viele GewerkschafterInnen erst außerhalb der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit politisiert haben, bevor sie dort aktiv wurden. Als größter Träger politischer Erwachsenenbildung in Deutschland könnten die Gewerkschaften in solchen Wissensallianzen entstehende Ergebnisse und neue Leitbilder weiterverbreiten und so zur „ökonomischen Alpha betisierung“ (Bourdieu) gegen das neoliberale „Einheitsdenken“ beitragen.

Allgemeinpolitische gewerkschaftliche Erwachsenenbildungen sind deshalb zu erhalten. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, deren Teilnehmerkreis zu verbreitern.

Unter den veränderten Verhältnissen werden die verbliebenen Bastionen traditioneller Formen der Gewerkschaftsmacht von immer neuen Erpressungsversuchen des betrieblichen und verbandlichen Widerparts der abhängig Arbeitenden und ihrer Gewerkschaften bedroht. Die Verteidigungsposition, in die sie so gedrängt werden, macht es ihnen schwer, zugleich Konzepte einer neuen, Widerstand mobilisierenden Netzwerkpolitik zu erproben. Die spürbare Begrenztheit von Handlungsansätzen im nationalstaatlichen Rahmen kann zugleich zu illusionären Erwartungen führen - wenn angesichts des Bedeutungszuwachses der europäischen Handlungsebene Hoffnungen vor allem auf den Neuaufbau von traditionellen Handlungsmöglichkeiten auf der europäischen Ebene gerichtet werden. Daher müssen Gewerkschaften gerade auch im nationalstaatlichen Rahmen, wo sie immer noch vor allem präsent sind, ihre verbliebenen Handlungsmöglichkeiten ausschöpfen und durch Neuansätze von Netzwerkpolitik erweitern müssen.

Hervorgegangen aus einer alten sozialen Bewegung sind die Gewerkschaften selbst zu, lange Zeit sehr erfolgreichen, Institutionen der Arbeit geworden. Gewerkschaftliche Arbeitspolitik ist vor diesem Hintergrund geprägt durch „institutionelles Denken“. Gerade vor dem Hintergrund verschärfter neoliberaler Angriffe auf die Stellung der Gewerkschaften in der Gesellschaft ist gewerkschaftliche Arbeitspolitik in hohem Maße immer auch auf die Verteidigung erreichter institutioneller Befestigungen ihres Handelns gerichtet. Dies macht es ihnen oft schwer, sich auf ihre eigenen Wurzeln als soziale Bewegungen zu besinnen und auf der Höhe der Zeit neue Konzepte der Mobilisierung von Widerstand zu erproben. Hinzu kommt, dass die andauernde Massenarbeitslosigkeit und der stetige Druck des hegemonialen neoliberalen Einheitsdenkens, vermittelt nicht zuletzt über die „FDPisierte“ mediale Öffentlichkeit, Mobilisierungskonzepte erschwert und als risikoreich erscheinen lässt.

All dies ist nicht von der Hand zu weisen, aber der Rückzug auf bisher schon erkämpfte institutionelle Positionen ist zu defensiv, eröffnet keine neuen arbeitspolitischen Optionen und wird auf Dauer allein dazu führen, dass einzelne, noch zäh verteidigte Positionen zunehmend unhaltbar werden.

Aktuell droht dieses Schicksal der institutionalisierten Mitbestimmung, die doch zum Gründungskonsens der Bundesrepublik Deutschland gehörte und im institutionellen Denken der Gewerkschaften einen besonders herausgehobenen Stellenwert hat. Selbst die Tarifautonomie erscheint mittlerweile von der nächsten „Schraubendrehung“ neoliberaler Modernisierung bedroht.

Im Sinne unserer dritten These kann man alles dies als folgerichtigen Ausdruck des Epochenbruchs ansehen, dem wir uns gegenübersehen und in dem das neoliberale Einheitsdenken gerade keine tragfähigen Lösungen produziert. Weil dies so ist, weil Prekarisierung weiter um sich greift, die Integrationskraft der Gesellschaft weiter geschwächt wird und die Interessen derer, die allein von ihrem Arbeitsvermögen leben müssen zunehmend verletzt werden, sind die Gewerkschaften angesichts des Epochenbruchs geradezu dazu gezwungen, den Kampf um die Interessen der abhängig Beschäftigten in allen seinen Formen zu organisieren. Dabei ist es wichtig, zu sehen, dass auch unter den neuen Formen abhängiger Arbeit („unselbständige Selbständigkeit“, „Arbeitskraftunternehmertum“) auch neue Formen der Artikulation von und Auseinandersetzung um Interessen entstehen.

Es wird für die Gewerkschaften zu einer Zukunftsfrage, an diese Formen „primären“ Interessenhandelns anzuknüpfen und den Menschen, den neuen individuellen zivilgesellschaftlichen Subjekten, die sich hier artikulieren, auch in den traditionellen Organisationen der lebendigen Arbeit Räume zur gemeinsamen Selbstverständigung neu zu öffnen. Nur so eröffnen sich die Gewerkschaften die Chance, durch breitere Organisierungsfähigkeit und Bündnisfähigkeit eigene arbeitspolitische Handlungsspielräume zurück zu gewinnen.

These 7: Re-Regulierung im europäischen Rahmen

Eine Re-Regulierung muss auch im europäischen Rahmen von den Gewerkschaften in neuen Bündnissen erkämpft werden.

Die bisher nur national organisierten Gewerkschaften stehen vor der Herausforderung, den Sozialstaat im europäischen Zusammenhang zu erhalten, bzw. neu zu gestalten und neue Instrumente zur Sicherung der sozialen Grundrechte zu erstreiten. So sind sie in Zukunft Grundpfeiler jeder demokratischen Zivilgesellschaft.

Soziale Gerechtigkeit braucht – neben europaweiten Regelungen zum existenzsichernden Einkommen, zu verbindlichen Arbeitszeiten, zur Humanisierung der Arbeit usf. – auch in Zukunft Umverteilung durch solidarische Sozialstaatspolitik. Dazu sind transnationale europäische Bündnisse erforderlich, in denen die Gewerkschaften eine tragende Rolle übernehmen.

Begründung: Als immer noch wesentlich national verankerte Organisationen der lebendigen Arbeit stehen die Gewerkschaften heute vor der Herausforderung, sozialstaatliche Absicherungen der abhängigen Arbeit im europäischen Zusammenhang durchzusetzen und dabei zugleich neu zu gestalten. Zunehmend gilt es für sie, auf dieser Ebene neue Instrumente zur Sicherung der sozialen Grundrechte zu erstreiten. Nur so werden sie sich als unverzichtbare Akteure für die weitere Entwicklung eines sozialen und demokratischen Europa erweisen, das zugleich seinen Herausforderungen zu einer ökologischen Erneuerung gerecht werden kann.

Globalisierung, Europäisierung, die Neuzusammensetzung der Gesamtarbeiter und -arbeiterinnen unter neoliberaler Hegemonie und die wachsende industrielle Reservearmee führen zur Zeit zu erheblichen Mitgliederrückgängen bei den Gewerkschaften sowie zum wachsenden Bedeutungsverlust der Gewerkschaften in den nationalen Politikarenen.

Die Gewerkschaften stehen vor der Alternative, sich entweder als eine Art Versicherungsagentur auf die Vertretung der kurzfristigen Interessen ihrer kleiner werdenden Kernklientel in traditionellen industriellen Bereichen zurückzuziehen oder politische Strategien zu entwickeln, die auch die wachsende Zahl der prekär Beschäftigten, NiedriglöhnerInnen und Erwerbslosen anzusprechen vermögen, bei denen sie bislang nur schwach vertreten sind. Gerade derartige politische Strategien könnten sie aber auch interessanter machen für die wachsende Zahl von abhängig Arbeitenden, die - bei aller Intensivierung, Entgrenzung und Subjektivierung von Arbeit - in dieser auch gewachsene Freiheitsspielräume erfahren. Zwar sind die Einkommen dieser Beschäftigtengruppen in den 90'er Jahren eher gewachsen, doch sind auch diese Gruppen teilweise nur prekär abgesichert.

Auch sie haben ein Interesse daran, Intensivierungen und Entgrenzungen von Arbeit wieder zu begrenzen und Freiheitsspielräume abzusichern.

Solche Strategien könnten in dem Maße erfolgreich werden, wie es den Gewerkschaften gelingt, sich zu glaubwürdigen Vertretern des allgemeinen Interesses nach einer sozialen Infrastruktur demokratischer Zivilgesellschaft zu machen. Die breite Resonanz auf den Perspektivenkongress vom Mai 2004, den ein breites Bündnis von Gewerkschaften und Organisationen, wie ATTAC getragen hatte, hat gezeigt, dass hierfür in der Zivilgesellschaft Bündnispartner vorhanden sind.

Die Sicherung der sozialen Grundrechte muss heute aber auch mit europaweiten, bzw. europaweit aufeinander abgestimmten Regelungen gelingen. Existenzsichernde Einkommen zu erreichen, kann langfristig gelingen, wenn auch europäische Sicherungen gegen Lohndumping verbunden werden mit der Verhinderung der Durchsetzung von neoliberalen Regelungen wie GATTs -Abkommen, Bolkenstein -Richtlinie usw., sowie dadurch, dass sie durch neue Instrumente ergänzt werden, wie z. B. eine ausreichende soziale Grundsicherung, welche die Kosten des Arbeitsplatzverlustes wieder zu senken vermögen.

Eine wirksame europäische Handlungsfähigkeit von unten fängt vor Ort an – im Betrieb, in der lokalen Gruppe, im konkreten Netzwerk. Europäisierung setzt an den inneren Grenzen Europas an – etwa mit der Forderung nach gleichen Rechten für alle. Die Devise muss sein: Brüssel ist auch hier – Europa ist überall!

Nach dem Scheitern des Versuchs, den erreichten Stand und die neoliberale Hegemonie in der europäischen Integration durch einen Verfassungsvertrag zu fixieren, wird es darum gehen, in neuen transnationalen Bündnissen den in den bisherigen technokratisch bzw. neoliberal dominierten Entwicklungsphasen der EU einen neuen demokratischen, ökologischen und sozialen Inhalt zu geben.

Auch müssten verbindliche Arbeitszeitregelungen und Programme zur Humanisierung der Arbeit, zum Gesundheitsschutz etc. auf europäischer Ebene abgestimmt und insgesamt so gestaltet werden, dass sie auch in neuen Beschäftigungsformen und Tätigkeitsfeldern greifen, die nicht den traditionellen Formen des Normalarbeitsverhältnisses unterliegen. Ohne Umverteilungen durch solidarische Sozialstaatspolitik und europaweit aufeinander abgestimmte Fiskalpolitiken werden hingegen Erwerbslosigkeit und wirtschaftliche Stagnation sowie rechtspopulistische Nationalismen und sozialdarwinistische Ideologien weiter zunehmen.

These 8 : Gegen das falsche Freiheitsversprechen des Neoliberalismus

Das falsche Freiheitsversprechen des Neoliberalismus entlarvt sich selbst. Das Versprechen des Neoliberalismus, die Menschen von Traditionen und bürokratischen Zwängen als vertragsfrei auf sich allein gestellte „homines oeconomici“ zu befreien, verschweigt die dadurch zugleich hergestellten neuen Abhängigkeiten und Unterwerfungszwänge: unter seinem Deckmantel vollzieht sich ein Wiedererstarken von Herrschaft und Unterwerfung. Das wird von den Betroffenen schmerzhaft erfahren – und mit Resignation oder Widerstand verarbeitet.

Der Weg in die reine Marktgesellschaft des Neoliberalismus verspricht eine stetig wachsende Reichtumsproduktion, wenn nur bürokratische Fesseln für unternehmerisches Handeln entfallen. Zugleich verheißt er mehr Freiheit für die Einzelnen. Für immer mehr Menschen soll diese Freiheit gerade auch in der Sphäre der Erwerbsarbeit entstehen. Aber die Menschen finden sich in einem neuen Spannungsverhältnis von Selbstbefreiung und Ausbeutung wieder. Prekarisierung ihrer Arbeitsverhältnisse droht zunehmend auch denen, die noch im Zentrum des Erwerbssystems stehen. Erfahbar wird so: Der Einzelne allein, gedacht nach dem Bild des *homo oeconomicus*, ist niemals frei. Die privatisierte Individualität bedeutet vielmehr Unfreiheit.

Begründung: Gemessen an der bisherigen linken Kritik am Fordismus könnte man bei dem Freiheitsversprechen des Neoliberalismus von einer paradoxalen Wunscherfüllung sprechen. Jedenfalls für die modernen Wissensarbeiter und -arbeiterinnen in ihren vernetzten Teams scheinen in der Sphäre der Erwerbsarbeit selbst neue Freiheiten entstanden zu sein. Aber die Menschen – von denen aus der klassischen gewerkschaftlichen Kernklientel, über die wachsende Zahl derer, die an den Rand des Erwerbsarbeitersystems in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt werden oder schon aus dem Erwerbsarbeitersystem heraus gefallen sind, bis hin zu den modernen WissensarbeiterInnen – betrachten den voranschreitenden Abbau der in der fordistischen Phase durchgesetzten sozialen Sicherungssysteme mit Misstrauen, mag er auch durch noch so viele Gutachten „von oben“ begründet werden. Prekarität entsteht überall. Die Formen der flexiblen und selbstverantwortlichen Arbeit verbinden die ‚neuen Leistungsträger und -trägerinnen‘ scheinbar mit den halb ausgegrenzten Prekären. Dieser Schein ist eben so sehr Ernst zu nehmen, wie aufzulösen: Einerseits, indem durch wirksame Mechanismen der Grundsicherung die Gefahr eines Absturzes in die absolute Armut gebannt wird, so dass die unteren Bereiche der Prekarität vom Konkurrenzdruck entlastet werden. Und andererseits, indem Konsultations- und Qualifizierungsverpflichtungen funktional definiert und nicht nachdem Beschäftigungsstatus hierarchisierend zugeteilt werden. Die Drohung der Exklusion, wie sie durch die neoliberale Revolution forciert wird, bedroht die Integrationskräfte der Zivilgesellschaft. Die Menschen, die neuen individuellen zivilgesellschaftlichen Subjekte, reagieren auf die Reformen aus neoliberalen Geist, die mächtige Instanzen unserer Gesellschaft ihnen als unausweichlich verkünden, mit Skepsis.

Gerade auch die modernen WissensarbeiterInnen mit erweiterten Spielräumen in vernetzten Teams, aber unter den verschärften Zwängen einer nicht mehr hinterfragten, finanzmarktgetriebenen Globalisierung bewegen sich als Einzelne im Spannungsverhältnis von Selbstbefreiung und Selbstausbeutung. Sie erleben sich nicht selten eher als moderne ‚Arbeitsklaven‘ denn als freie Bürger einer Gesellschaft, die sich noch über ihre Entwicklungsziele im politischen Prozess verständigen würden.

Es herrscht „TINA-Politik“ (“there is no alternative“). Doch auch für am Markt gefragte junge hoch qualifizierte Menschen wird spürbar: Ein Individuum zu sein, bedeutet nicht notwendig, frei zu sein. Die Art von Individualität, wie sie die spätmoderne oder postmoderne Gesellschaft anbietet und in dieser Gesellschaft auch tatsächlich am weitesten verbreitet ist – die privatisierte, auf die Figur des Privateigentümers zurückgeschnittene Individualität bedeutet für die Allermeisten eine gesteigerte Unfreiheit. Und der gesamtwirtschaftlich absurde Vorschlag, diese individuelle Freiheit durch mehr und längere Erwerbsarbeit für alle zu verwirklichen, bedeutet in Wahrheit die Fesselung aller an die fremdbestimmte Sphäre der abhängigen Erwerbsarbeit als einer Sphäre der Unfreiheit.

Erfahrbar wird so: Der Einzelne allein, gedacht nach dem Bild des *homo oeconomicus*, ist niemals frei. Die privatisierte Individualität bedeutet vielmehr Unfreiheit. Freiheit in der Zivilgesellschaft muss entfaltet werden im Raum der Politik. Die Chance für eine gewerkschaftliche Arbeitspolitik liegt nicht zuletzt in der Neubesetzung des Freiheitsbegriffs.

These 9: Das neue Bündnis im Kampf für gute Arbeit

Gewerkschaften und soziale Bewegungen können sich verständigen: Ohne gute Arbeit und sozialstaatlich abgesicherte Teilhabemöglichkeiten gibt es keine nachhaltige Entwicklung und Demokratie!

Der Kampf für gute Arbeit bietet sich als Bündnisprojekt zwischen Gewerkschaften, kritischer Wissenschaft und sozialen Bewegungen an: Eine gute Arbeit, in der das unantastbare Recht auf Menschenwürde gewahrt bleibt, die Gesundheit erhalten wird und arbeitspolitische Beteiligungsmöglichkeiten bei ihrer Humanisierung bestehen, ist nicht nur die Bedingung für eine Demokratie, in der sich aktive Beteiligungsrechte weiterhin auf Teilhabe an Arbeit gründen. Sie ist auch die Bedingung für dauerhafte Qualitätssicherung und ein hoch produktives Innovationssystem als Voraussetzung für den Umbau der Wirtschaft nach den Kriterien der Nachhaltigkeit.

Der Kampf für eine gute Qualität der Erwerbsarbeit als solcher ist gut dazu geeignet,

Kriterien der Arbeitsgesundheit und der Humanisierung des Arbeitslebens mit Forderungen nach einer entsprechenden gesellschaftspolitischen Gestaltung der im Leben der abhängig Arbeitenden vor- und nachgelagerten Bereiche (Bildungswesen, Familien- und Geschlechterverhältnisse) insbesondere unter Gesichtspunkten der Gender-Gerechtigkeit, sowie mit den Anforderungen an eine gute, ökologisch verträgliche und sozial nützliche Qualität der Produkte zu verbinden.

Die Entwicklung entsprechender Forderungen und konkreter Initiativen bietet daher ein vorrangiges Terrain, zur Entwicklung und Festigung von neuen Bündnissen zwischen vor allem in den Bereichen der Erwerbsarbeit und vorwiegend in den bisher gesellschaftlich unsichtbaren Bereichen der gesellschaftlichen Gesamtarbeit Tätigen, sowie zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen.

Begründung: Der Kampf für gute Arbeit bietet sich als Bündnisprojekt zwischen Gewerkschaften, kritischer Wissenschaft und sozialen Bewegungen an: Eine gute Arbeit, in der das unveräußerliche Recht auf Menschenwürde gewahrt bleibt, die Gesundheit erhalten wird und arbeitspolitische Beteiligungsmöglichkeiten bei ihrer menschengerechten Gestaltung bestehen, ist nicht nur die Bedingung für eine Demokratie, in der sich aktive Beteiligungsrechte weiterhin auf Teilhabe an Arbeit gründen.

Gerade, wenn klar ist, dass Prekarität der Sache nach der kapitalistisch bestimmten Lohnarbeit nicht äußerlich ist, sondern bei jeder politischen Regulierung der Arbeit, insbesondere unter dem Druck einer immer wieder anwachsenden ‚industriellen Reservearmee‘ immer wieder von Neuem zu entstehen droht, wird klar, dass eine konsequente und wirksame gewerkschaftliche Interessenvertretung sich nicht auf die immer noch stabilen Bereiche regulierter Arbeit zurückziehen kann. Umgekehrt wäre aber auch eine Abwendung von den Kernbereichen der Wertschöpfung ein strategischer Fehler, da auf der Mobilisierung der in ihnen arbeitenden Lohnabhängigen letztlich die gewerkschaftliche Schlagkraft beruht. Mit dem Konzept der ‚guten Arbeit‘ wird ein für unterschiedliche Bereiche der Prozessen der Fragmentierung und Polarisierung unterworfenen abhängigen Arbeit gemeinsames Feld erschlossen, auf dem neue Verknüpfungen und Bündnisse möglich werden – vor allem, indem neue qualitative Forderungsstrukturen erarbeitet werden, welche dazu in der Lage sind, auch unterschiedliche Interessenlagen in einer gemeinsamen Regulierungsperspektive zu bündeln.

Der Neoliberalismus untergräbt nicht nur das Grundrecht auf Menschenwürde in der Arbeit und die grundgesetzliche Verpflichtung arbeitspolitischer Programme auf humane Zielsetzungen und paritätische Organisationsformen, er führt auch zu nachlassender Qualitätssicherung, sichtbar z. B. an Rückrufaktionen, zur Schwächung der gesellschaftlichen Innovationsdynamik und zu Stagnation und Krise.

In einer hoch-produktiven Produktionsweise erfordern die steigenden Anforderungen an die Qualität der Arbeit, gerade auch um die europäischen Nachhaltigkeits- und Wettbewerbsziele zu erreichen, erst recht einen demokratischen Sozialstaat, der den sozialen Zusammenhalt zu sichern in der Lage ist und allen eine gute Ausbildung und Möglichkeiten zum lebenslangen Lernen und aktiver Teilhabe bietet.

Als erste Schritte auf dem Weg der erforderlichen Transformation lassen sich benennen: Eine radikale Verkürzung der heutigen Erwerbsarbeitszeit; eine ebenso radikale Umverteilung zwischen der „männlichen“ Erwerbsarbeit und der „weiblichen“ Versorgungsarbeit, eine Aufwertung der bestehenden Versorgungsarbeit und der neu zu gestaltenden Arbeiten zur Unterstützung der natürlichen Prozesse, sowie eben eine qualitative Neugestaltung der bestehenden Erwerbsarbeit als ‚gute Arbeit‘. Das beinhaltet von Seiten der sozialen Dimension Autonomie in der Arbeit und gesellschaftliche Anerkennung durch Löhne mit viel geringeren Unterschieden als wir sie heute kennen. Aus ökologischer Perspektive heißt das u.a. die Steigerung der Ressourcenproduktivität durch die Entwicklung neuer Produktionsverfahren, in denen von vornherein auch an die Wiederverwendung der Rohstoffe gedacht wird (neue Geschäftsfelder für KMU). Ökologische Dienstleistungen, ökologische Modernisierung, Reparatur und Wartung sind ein weiterer Bereich. Hinzu kommt die Entwicklung ganz neuer Arbeitsprozesse im Zusammenhang mit der Rückführung der Reststoffe und dem entsprechenden Rückbau der Produktreste. Ein anderes Feld ist der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, der aufgrund deren Arbeitsintensität zu vermehrten Erwerbsarbeitsplätzen führt. Energetische Grundlage all dessen ist der Ausbau der Solarindustrie und des Solarhandwerks. Grundlage dieser ersten Schritte im Transformationsprozess ist eine ständige Qualifizierung und Weiterbildung. Auch dafür ist mehr verfügbare Zeit für alle erforderlich.

Das Grundgesetz verpflichtet staatliche Gewalt, die von ihm als unantastbar postulierte Menschenwürde zu sichern. Sie hat diesem Grundsatz auch in allen Arbeitsverhältnissen Geltung zu verschaffen. Als demokratischer und sozialer Bundesstaat (Art. 20 GG) ergibt sich eine bindende Ausrichtung arbeitspolitischer Programme auf humane Zielsetzung und paritätische Organisationsform.

Durch die Globalisierung als reale ökonomische Tendenz sowie durch die Ideologie und Politik des Globalismus, durch die Transformation des keynesianischen Wohlfahrtsstaats zum marktregulierten Wettbewerbsstaat, durch den arbeitsmarktpolitischen Rückbau und die dadurch beförderte Ausbreitung von prekären Beschäftigungsverhältnissen, verschlechterten Arbeitsbedingungen und entgrenzten Leistungsanspannungen in vermarktlichten Arbeitsbeziehungen, durch die steigende Erwerbslosigkeit, steigenden Nachfrage- und Einnahmenseinbrüche und die erhöhte Differenzierung von Arbeits- und Lebensverhältnisse und die dadurch geschwächten Gewerkschaften, wurden die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verschoben, die Projekte der Humanisierung der Arbeit ermöglicht hatte.

Die Tendenz zur finanzmarktgetriebenen Akkumulation führte bei der Kapital-Seite zur Ausrichtung an kurzfristigen Rendite-, Wert- und Dividendensteigerungen und zum Schwinden sozialpartner-

schaftlicher Einstellungen. Auf der Seite der Arbeit führt der steigende Druck in der Arbeit, als auch das größere Risiko, herabgestuft und dequalifiziert zu werden, sowie den Arbeitsplatz zu verlieren und dann sozialstaatlich weniger abgesichert zu sein, zu einer zwar innerhalb der Arbeitnehmerschaft abgestuften, doch insgesamt verallgemeinerten Unsicherheit und zu spontan verschärften Konkurrenzorientierungen. Beides senkt die Qualitätssicherung, die doch bei verschärftem Wettbewerb eher wichtiger geworden ist.

Fallende Löhne bei einer wachsenden industriellen Reservearmee nehmen gleichzeitig den Druck, Innovationspotentiale auszunutzen. Steuer- und sozialpolitische Konterreformen verschärfen noch die staatlichen Einnahmeausfälle, so dass eine wissenschaftlich gebotene breit fördernde Bildungspolitik als nicht mehr finanzierbar erscheint und durch eine hoch selektive bildungs- und forschungspolitische Wettbewerbs-, Leuchtturm- und Elitenförderung ersetzt wird. Das macht es wiederum unmöglich, Qualifikations-, Beschäftigungs- und Flexibilitätspotentiale auszuschöpfen. Stagnation, weiterer Sozialstaatsabbau und die verschärfte Ausrichtung von Unternehmen an kurzfristiger Erhöhung der Liquidität bei drohendem Schwinden derselben sind die Folgen. Dies alles droht unsere Demokratie weiter auszuhöhlen, die aktive, sozialstaatlich abgesicherte Teilhabe braucht.

Die europäischen Wettbewerbs- und Nachhaltigkeitsziele können immer weniger erreicht werden. Letztere werden durch die Unterordnung unter die Wettbewerbsziele zunehmend zur bloßen Rhetorik ausgehöhlt. Auf europäischer Ebene wären jedoch umfassende Re-Regulierungen wieder möglich. Wieder regulierte Arbeitsmärkte könnten die Produktivität steigernde Lohnstrategien ermöglichen.

Sie erzeugten angebotsseitig einen Druck auf Qualitäts- und Innovationspotenziale und auf der Nachfrageseite eine steigende Massenkaufkraft mit der Folge höherer Kapazitätsauslastungen, Wachstumseffekten und staatlichen Einnahmesteigerungen. Ein nachhaltiger Umbau der Wertschöpfungsketten und der Art der Verkopplung von Produktions- und Reproduktionsketten würde ermöglicht, der langfristig angelegte Kreativitätspotentiale und neue Märkte erschließen würde. Arbeitspolitische Programme wären wieder durchsetzungsfähig, die jedoch stärker, als bisher, bei ihrer Ausgestaltung und Implementation ihren gesellschaftlichen Bedarf durch die Betroffenen und ihre Vertretungen selbst zu bestimmen hätten, wie es von der IG Metall in arbeitsschutz- und beschäftigungspolitischen Feldern, aber auch im Memorandum der Gesellschaft für Arbeitswissenschaft zum Strukturwandel der Arbeit artikuliert wurde.

Der Kampf für gute Arbeit innerhalb des Systems der Erwerbsarbeit ist darüber hinaus gut für eine Verknüpfung mit Forderungen nach einer entsprechenden gesellschaftspolitischen Gestaltung der Bedingungen für eine geglückte Balance mit vor- und nachgelagerten Bereiche (Bildungswesen, Familien- und Geschlechterverhältnisse). Insbesondere unter Gesichtspunkten der Gendergerechtigkeit, sowie mit den Anforderungen an eine gute, ökologisch verträgliche und sozial nützliche Qualität der Produkte ist das bedeutsam. Entsprechende konkrete Initiativen böten daher gute Chancen zur Entwicklung und Festigung von neuen Bündnissen. In ganz neuen Formen könnten in ihnen z.B. auch bisherige Trennungen der Interessen von ProduzentInnen und KonsumentInnen überwunden werden. Und wieder wäre bei allen diesen Fragen Netzwerkpolitik eine neue Organisationsform (Knoten statt Zentren, reversible Lernprozesse, gesteigerte Unabhängigkeit aber auch wachsendes Vertrauen, erweiterte Perspektiven) die Chancen eröffnen könnte Arbeitspolitik als einen Prozess zu entfalten, in dem Politik die Begrenzungen partialer Interessen überschreitet.

These 10: Der Kampf um das ‚Ganze der Arbeit‘

Die Gesellschaft jenseits des Fordismus wird nach unserer Überzeugung eine Arbeitsgesellschaft bleiben. Aber bei der Entwicklung einer neuen Politik der Arbeit wird es für die Gewinnung der Zukunft darum gehen, das ‚Ganze der Arbeit‘ im Blick zu haben. Es muss also die produktive wie auch reproduktive Dimension als materielle Grundlage aller Wirtschaftsprozesse berücksichtigt wer

Begründung: Der Kampf um gute Arbeit setzt so im Zentrum des Erwerbssystems an und weist doch über es hinaus. Das entspricht einer generellen Orientierung, von der wir ausgehen. Die Gesellschaft jenseits des Fordismus wird nach unserer Überzeugung eine Arbeitsgesellschaft bleiben. Aber bei der Entwicklung einer neuen Politik der Arbeit wird es für die Gewinnung der Zukunft darum gehen, das ‚Ganze der Arbeit‘ im Blick zu haben. Es muss also, selbst noch auf dem Boden einer kapitalistischen Ökonomie, sowohl die produktive wie auch reproduktive Dimension aller Wirtschaftsprozesse berücksichtigt werden, ohne die deren unverkürzte materielle Reproduktion nicht möglich wäre. Gerade angesichts der Entgrenzung von Arbeit, oder richtiger angesichts neuer Grenzkonflikte um Arbeit, die daraus folgen, gilt im Blick auf alle Dimensionen von Nachhaltigkeit, dass es hier doch immer auch um einen Kampf um das Ganze der Arbeit geht.

Aus ökologischer Perspektive wie auch aus der Gender-Perspektive ist die ausschließliche Zentrierung der Arbeit auf Erwerbsarbeit nicht nur eine Verengung, sondern auch eine Bedrohung. Und zwar deshalb, weil dieser Verengung eine Trennung unter fragwürdigen Vorzeichen vorausgeht – die Trennung zwischen sog. ‚produktiven‘ und bloß ‚reproduktiven‘ Bereichen der Arbeit. Produktion geschieht in dieser verkürzten Perspektive in Unternehmen und an Märkten, d.h. im Kontext der Akkumulation von Kapital, und Erwerbsarbeit gilt als die eigentlich produktive Tätigkeit. Reproduktion erfolgt in der alltäglich erlebten sozialen Lebenswelt v.a. der Lohnabhängigen (d.h. in Familien bzw. in Haushalten), sowie im Umgang mit der natürlichen Mitwelt. Sie erscheint in ihrer gesellschaftlichen Wertigkeit als unter- bzw. nachgeordnet. Diese Trennung ist zentrale Ursache für die ökologische Krise, wie auch für die Krise der Reproduktionsarbeit. Soll Arbeit „naturgemäß“ und „lebensfreundlich“ gestaltet werden, so bedeutet das, das „Ganze der Arbeit“ (Adelheid Biesecker) in den Blick zu nehmen und so neu zu gewichten und zu organisieren, dass nicht nur Kapital akkumuliert wird, sondern die Reproduktivität der ökologischen Natur, wie auch der sozialen Lebenswelt, langfristig erhalten bleibt. Es geht dabei auch um die Versorgungsökonomie und um eine Neubewertung von Sorgearbeit. Hierüber wird sich in einem Bündnis von Gewerkschaften, ökologischen Organisationen und Frauenbewegungen eine neue Qualität von Wohlstandszielen einer Gesellschaft entwickeln und verankern lassen.

Dieses „Ganze der Arbeit“ umfasst menschliche Unterstützungstätigkeiten für natürliche Produktionsprozesse, die Umwandlung von Naturstoffen in für Menschen nützliche Produkte und Dienstleistungen, die konsumtive Verwendung dieser Produkte und Dienstleistungen bis hin zu ihrer Rückführung ihrer ‚Reste‘ in natürliche Kreisläufe, sowie schließlich menschliche Tätigkeiten, welche den natürlichen Reduktionsprozess begleiten und schützen.

Alle vier Arbeitsarten sind für den Reproduktionsprozess gleich wertvoll, in diesem Sinne gleich produktiv. Der Sache nach gibt es hier keinen Grund für Werte-Hierarchien. Es kommt vielmehr darauf an, das kooperative Zusammenwirken aller Arbeitsarten so zu gestalten, dass die Naturproduktivität erhalten bleibt. Das erfordert eine besondere Rationalität zugrunde: Die des Schutzes, des Erhaltens,

der Vor-Sorge. Bei dieser Neugestaltung von Arbeit, bei der Transformation der Erwerbsarbeit in ein bewusst gehandhabtes Moment des „Ganzen der Arbeit“, geht es um langfristige Prozesse. Hier haben die Gewerkschaften als wichtige Akteure eine anspruchsvolle Aufgabe, die sie nicht allein, aber in Bündnissen wahrnehmen können.

Der Begriff der „Vollbeschäftigung“ bezieht sich in einem derartigen Konzept des „Ganzen der Arbeit“ nicht mehr auf Erwerbsarbeit allein, sondern auf alle Arbeitsbereiche. Durch Integration aller Menschen in diese verschiedenen Bereiche der Arbeit kann das Problem der Arbeitslosigkeit nachhaltig bewältigt werden.

Nimmt man auf diese Weise wirklich „das Ganze der Arbeit“ in den fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften in den Blick, die – entgegen dem neoliberalen Zerrbild und unbeschadet der Verwertungsprobleme des Kapitals – immer noch immer reicher werden, so kommt man zu dem Ergebnis, dass wir durchaus nicht alle mehr in der Sphäre der Erwerbsarbeit arbeiten müssen, um unseren Wohlstand zu sichern. Es ist vielmehr so, dass wir nicht mehr so viel Zeit für Erwerbsarbeit haben, wenn wir die Chancen der weiter wachsenden Produktivität innerhalb des Systems der Erwerbsarbeit nutzen wollen, um die damit auch wachsenden Potentiale einer wirklich freien Gestaltung unseres sozialen Zusammenlebens in allen Sphären der produktiven gesellschaftlichen Arbeit wirklich zu nutzen.

Das ist eine Zukunftsvision – den Weg dorthin zu gestalten, ist eine wesentliche Aufgabe derer, die die Interessen im Rahmen der tradierten Erwerbsarbeit vertreten – die Gewerkschaften sind hier dringend gefragt.

Die aktive Teilhabe am politischen Gemeinwesen wird sich auch weiterhin auf Teilhabe an gesellschaftlicher Arbeit gründen, auch wenn es gelingt, das ‚Reich der freien Tätigkeit‘ in Politik oder Kunst für alle auszuweiten.

These 11: Die Vision einer neuen Gesellschaftsverfassung der sozialen Fairness und der Nachhaltigkeit

Die Idee einer neuen Gesellschaftsverfassung greift die Debatte um einen neuen Gesellschaftsvertrag auf und politisiert sie: Sie reklamiert den politischen Anspruch auf gesellschaftliche Selbststeuerung durch die von den Individuen getragenen Akteursgruppen und Handlungszusammenhänge in Bezug auf die institutionelle und moralische Gestaltung grundlegender sozialer, ökonomischer und politischer Verhältnisse. Gegenüber der herrschenden Dominanz des Marktes zielt sie darauf ab, die Wirtschaft wieder als einen sozialen Prozess zu denken, der hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung im Dienste der Menschen und der Realisierung sozialen Fortschritts steht. Vollbeschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit, Lebensqualität und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sind die wichtigsten Ziele.

Wege zur Verwirklichung derartiger Ziele entstehen nicht an den Börsen und Finanzplätzen dieser Welt. Sie müssen auf der Grundlage der Prinzipien der Fairness politisch begründet und demokratisch bzw. auf dem Wege der Demokratisierung gesellschaftlicher Beziehungen durchgesetzt werden. In einer Gesellschaft, die ebenso durch Pluralität wie durch kollektive Interessendivergenzen, strukturelle Machtdisparitäten und wachsende Ungleichheit geprägt ist, kommt sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren wie den Gewerkschaften dabei eine maßgebliche Rolle zu. Sie stehen vor der Herausforderung, die Konturen einer neuen Gesellschaftsverfassung im Sinne einer nachhaltigen (Weiter-)Entwicklung individueller Teilhaberechte, der Solidargemeinschaft als Ganzer, einschließlich der gesellschaftlichen Geschlechter- und Naturverhältnisse zu konkretisieren.

Begründung: Der Kampf um gute Arbeit, über den sich der Blick auf das Ganze der Arbeit öffnet, und der so auch die Frage nach dem guten Leben von Neuem auf die Tagesordnung setzt, eröffnet so auch eine Perspektive auf die Frage, wie unsere Gesellschaft aus dem Blickwinkel der lebendigen Arbeit neu verfasst sein sollte. Dies wäre ein Blickwinkel, unter dem auch die Visionen der traditionellen Arbeiterbewegung neue Konturen auf der Höhe der Herausforderungen unserer Zeit gewinnen könnten.

Die Frage danach, wie unsere Gesellschaft verfasst sein soll, greift die Debatte um einen neuen Gesellschaftsvertrag auf und politisiert sie: Sie reklamiert den politischen Anspruch der abhängig Arbeitenden oder der Menge der Vielen auf gesellschaftliche Selbststeuerung. Es geht um die Ansprüche der individuellen zivilgesellschaftlichen Zusammenhänge in Bezug auf die institutionelle und moralische Gestaltung grundlegender sozialer, ökonomischer und politischer Verhältnisse. Gegenüber der herrschenden Dominanz des Marktes zielt diese Frage darauf ab, die Wirtschaft wieder als einen sozialen Prozess zu denken, der hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung im Dienste der Menschen und der Realisierung sozialen Fortschritts steht. Vollbeschäftigung eines neuen Typs, mehr Freiheit in der Arbeit, aber wohl auch von der Arbeit, Chancengleichheit aber immer noch auch Verteilungsgerechtigkeit, Lebensqualität und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sind die wichtigsten Ziele.

Wege zur Verwirklichung derartiger Ziele entstehen nicht an den Börsen und Finanzplätzen dieser Welt. Sie müssen auf der Grundlage der Prinzipien der Fairness politisch begründet und demokratisch bzw. auf dem Wege neuerlicher Demokratisierung gegen die neoliberale Entpolitisierung gesellschaftlicher Beziehungen durchgesetzt werden. In einer Gesellschaft, die heute ebenso durch Pluralität wie durch kollektive Interessendivergenzen, strukturelle Machtdisparitäten und wachsende

Ungleichheit geprägt ist, kommt sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren wie den Gewerkschaften dabei eine maßgebliche Rolle zu. Sie stehen vor der Herausforderung, die Konturen einer neuen Gesellschaftsverfassung im Sinne einer nachhaltigen (Weiter-)Entwicklung individueller Teilhaberechte, der Solidargemeinschaft als Ganzer, einschließlich der gesellschaftlichen Geschlechter- und Naturverhältnisse zu konkretisieren. Eine neue Politik der Arbeit ist verknüpft zu denken mit der Vision einer neuen Gesellschaftsverfassung der sozialen Fairness und der Nachhaltigkeit.

Sozialer Zusammenhalt, Integrations- und Entwicklungsfähigkeit ergeben sich in komplexen Gesellschaften nicht allein aus marktförmig organisierten privaten Tauschaktionen. Vielmehr wird ein hochwertiges Angebot öffentlicher Güter, von der Daseinsfürsorge bis zur Bildungspolitik, auch in Zukunft entscheidende Grundlage eines hohen Zivilisationsniveaus darstellen. Gegenwärtig jedoch wächst die Prekarität in den Lebensverhältnissen vieler Menschen. Dies ist keine unabänderliche Folge einer sich verändernden Weltwirtschaft, sondern Teil eines strategischen Versuchs der Stabilisierung und Neuformierung bestehender Herrschaftsverhältnisse, der auf der Institutionalisierung von Flexibilität, Zufallsabhängigkeit und Zukunftsunsicherheit als Lebensmelodie basiert. Die Regeln wirtschaftlicher Freiheit werden über die der sozialen Freiheit gestellt und die Eigentümersmächtigen diktieren den Schwächeren die Bedingungen gesellschaftlicher Kooperation. Es gilt das Recht des Stärkeren: Er nimmt, ohne selbst etwas zu geben und definiert diesen Akt obendrein als soziale Großzügigkeit. Teilhabe wird allenfalls noch gewährt, Beteiligung aller ist jedenfalls keineswegs mehr selbstverständlich zwingend.

Eine neue Gesellschaftsverfassung wird jedoch nicht allein aus veränderten parlamentarischen Mehrheiten resultieren. Ein tatsächlicher Politikwechsel hin zu einer Ökonomie für den Menschen erfordert vielmehr auch, der hegemonialen Ideologie des Marktradikalismus alternative Vorstellungen des „guten Lebens“, von ökonomischer Effizienz und gesellschaftlicher Nützlichkeit entgegen zu setzen. Wo solche Vorstellungen eines vernünftigen Ganzen fehlen, da bleibt Politik richtungslos und zerfällt in unzusammenhängende Einzelmaßnahmen. Das hat die Periode neo-sozialdemokratischer Politik in Europa am Beginn des 21. Jahrhunderts gezeigt.

Bei der Bestimmung dessen, wie wir ein „gutes Leben“ gemeinsam mit anderen und in Vorsorge für zukünftige Generationen leben wollen, wird der Frage, wie die gesellschaftliche Arbeit gestaltet werden soll, eine zentrale Rolle zukommen. Die bezahlte Erwerbsarbeit stellt dabei eine wichtige Schnittstelle dar. Einerseits drängt die Logik des ökonomischen Systems von hier aus in den Lebensalltag und in die Sozialbeziehungen der Menschen. Andererseits kommen hier ganz praktisch Partizipationsansprüche und soziale Werte zur Geltung, die über Konkurrenz und Wettbewerb hinaus reichen und die durch eine neue Gesellschaftsverfassung gestärkt werden sollen. Ein Großteil der gesellschaftlich geleisteten Arbeit entfällt aber auf unentgeltliche Tätigkeiten. Obgleich diese für das Funktionieren der Gesellschaft unerlässlich sind (etwa in Erziehung, Versorgung oder Pflege), erfahren sie kaum entsprechende soziale Anerkennung. Eine neue Gesellschaftsverfassung müsste daher auch das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter gesellschaftlicher Arbeit neu justieren. Dies gilt für die Verteilung der verschiedenen Arbeiten und ihre Bewertung, das Verhältnis von Arbeit und Einkommen, die qualitative Ausgestaltung und Organisation der einzelnen Arbeiten, wie für die kooperative Verknüpfung zwischen ihnen. Aber das gilt auch für die Art und Weise, wie wir die Natur dabei behandeln wollen.

Praktisch kann die Vision einer neuen Gesellschaftsverfassung letztlich erst im Ergebnis sozialer und politischer Auseinandersetzungen werden, die an die Alltagserfahrungen, Widersprüche, Hoffnungen und Erwartungen der Menschen anknüpfen. Daher sind alle, die an einer solidarischen Ausgestaltung der Gesellschaft interessiert sind, aufgefordert und eingeladen, an dieser Vision mitzuarbeiten.

These 12: Freiheit ist immer die Freiheit des ,Anders denken können

Die ideologischen Paradigmen des Neoliberalismus – mehr Freiheit durch Stärkung der ,Eigenverantwortung‘ der Privateigentümer und Abbau ,staatlicher Gängelung‘ – bedrohen in ihrer politischen Umsetzung den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die soziale Marginalisierung und Diskriminierung ökonomisch Benachteiligter macht das allgemein formulierte Freiheitsversprechen wieder für breitere Schichten zu einer enttäuschenden Farce. Die mit dem allgemeinen Wahlrecht erkämpfte Chance zu einer Demokratisierung der Gesellschaft wird durch den faktischen Entzug der Möglichkeit zu einer erkennbar sinnvollen Wahlbeteiligung wachsender Schichten der Bevölkerung ausgehöhlt und letztlich zerstört.

Gleiche Freiheit ist ohne die Möglichkeit einer wirksamen gesellschaftlichen Partizipation nicht denkbar, die nicht an das Privateigentum gebunden werden darf. Auch alle diejenigen, die für ihren Unterhalt auf den Ertrag abhängiger Erwerbsarbeit angewiesen sind, müssen gleiche Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Mitgestaltung bekommen. Die erneute Aneignung des Freiheitsbegriffs in einem umfassenden Sinne wird somit zu einer strategischen Aufgabe gerade für eine neue Politik der Arbeit.

Begründung: Die Paradigmen des Neoliberalismus – mehr Freiheit durch Stärkung der ,Eigenverantwortung‘ der Privateigentümer und Abbau ,staatlicher Gängelung‘ – bedrohen in ihrer politischen Umsetzung den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die soziale Marginalisierung und Diskriminierung ökonomisch Benachteiligter macht das allgemein formulierte Freiheitsversprechen für immer mehr Menschen als Fata Morgana kenntlich, hinter der tatsächlich soziale Verwüstungen vorstatten gehen.

Nicht nur steht das Marktprinzip ,*One dollar, one vote*‘ im Gegensatz zum Prinzip der demokratischen, klassenübergreifenden Aktivbürgerschaft ,*One person, one vote*‘.

Auch das schlichte Versprechen der Befreiung durch Staatsabbau ist für die meisten Mitglieder gegenwärtiger Gesellschaften unrealistisch: Zwischen Realvermögensbesitzern – d.h. Kapital- oder Grundeigentümern – und der großen Mehrheit der Bevölkerung, die allenfalls langfristige Konsumgüter und aufgesparte Konsumfonds besitzt, klafft die Differenz einer ganz unterschiedlichen Angewiesenheit auf staatliche Vermittlung: Während die Ersteren sich damit begnügen können, dass der Staat die Sicherheit ihres Eigentums garantiert, sind die Letzteren selbst dort, wo es nur um die unverkürzte Reproduktion ihres Arbeitsvermögens geht, darauf angewiesen, dass eine staatliche Vermittlung sie vor den typischen Risiken der abhängigen Arbeit schützt und mögliche Konflikte sozial- und arbeitsrechtlich reguliert.

Ein Abbau der sozialstaatlichen Dimension der institutionalisierten Politik wirkt daher immer auch aus der Perspektive der abhängigen Arbeit als ein Abbau realer demokratischer Teilhabe.

Damit das allgemeine, gleiche und freie Wahlrecht nicht zu einer bloßen Formalität deformiert wird, dessen gesellschaftspolitischer Sinn nicht mehr verstanden werden kann, bedarf es der sozial- und arbeitspolitischen Unterfütterung: Nur so kann auf Dauer erreicht werden, dass demokratische Beteiligung auch aus der Perspektive derjenigen BürgerInnen, die kein Kapital besitzen, ein sinnvolles Instrument zur Mitgestaltung der eigenen Lebensverhältnisse bleibt.

In einer Situation, in der die Perspektive einer ‚kleinen Befreiung‘ aus familialen, kulturellen oder sozialbürokratischen Abhängigkeitsverhältnissen immer noch ein reales Moment relativer Attraktivität der neoliberalen Versprechungen bildet, wäre es ein strategischer Fehler, dieses Moment der Freiheit zugunsten der Forderung nach Gleichheit zu vernachlässigen. Unter modernen Verhältnissen ist diese Befreiung von personaler Abhängigkeit mehr als eine bloße äußerliche Form, die auf Illusionen beruht – auch wenn sie angesichts indirekter, vor allem ökonomischer Abhängigkeiten massiven Begrenzungen unterliegt. Vielmehr ist der immer wieder neu entstehende ‚Überschuss‘ an Motivation und Initiative zu nutzen, der dazu treibt, diese Begrenzungen in Frage zu stellen und zu überwinden: In der so verstandenen Forderung nach konkreter Befreiung für alle kann eine neue Politik der Arbeit eine Triebfeder finden, die neben die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Tragbarkeit treten muss. Dabei wird die Forderung nach demokratischer Beteiligung und Mitgestaltung gerade im zentralen Bereich der Beteiligung an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit konsequenterweise als gemeinsame Voraussetzung dieser unterschiedlichen Forderungsdimensionen zum unverzichtbaren Bindeglied zwischen diesen unterscheidbaren Linien einer neuen Politik der Arbeit. Dies ist kein einfacher Neuanfang, sondern kann und muss an die historischen Erfahrungen entsprechender ‚Aufbrüche von unten‘ anknüpfen, wie sie etwa bereits mit dem Kampf um den Normalarbeitstag oder der Durchsetzung von allgemeinem Wahlrecht, Frauenstimmrecht oder Tarifvertrag verbunden gewesen sind.

Gleiche Freiheit ist ohne die Möglichkeit einer wirksamen gesellschaftlichen Partizipation nicht denkbar, die nicht an das Privateigentum gebunden werden darf. Auch alle diejenigen, die für ihren Unterhalt auf den Ertrag abhängiger Erwerbsarbeit angewiesen sind, müssen gleiche Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Mitgestaltung bekommen. Keine gesellschaftliche Großorganisation ist mehr als die Gewerkschaften darauf verwiesen, diese politischen Freiheitsrechte in Wirtschaft und Gesellschaft zu reklamieren und durchzusetzen. Die erneute Aneignung des Freiheitsbegriffs in einem umfassenden Sinne wird deshalb zu einer strategischen Aufgabe gerade für eine neue Politik der Arbeit. Die Freiheit als Freiheit des immer auch anders denken Könnens wäre dabei zugleich ein starker Impuls zur (weiteren) Selbstveränderung der Gewerkschaften selbst. Dies würde helfen ihre Zukunftsfähigkeit wie die unserer Gesellschaft zu sichern.